



**Resolution der Arbeitstagung 2025
des Fördervereins gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen**

„Weg mit Hartz IV, denn heute wir morgen ihr“ war die Hauptparole, die ab 2003 die Proteste gegen die geplante Agenda 2010 bestimmte. Hunderttausende protestierten, konnten die Einführung von Hartz IV zum 1. Januar 2005 jedoch letztlich nicht verhindern. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – das „Herzstück“ der so genannten Agenda 2010 - hat seitdem die Gesellschaft und damit die Lebenssituation vieler Menschen drastisch zum Schlechteren verändert.

20 Jahre später haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitstagung, Sozialberater*innen sowie in Gewerkschaften organisierte Erwerbslose und prekär Beschäftigte aus dem gesamten Bundesgebiet, nun eine Bilanz gezogen. Wir stellen fest: 20 Jahre Hartz IV heißt für Erwerbslose und prekär Beschäftigte ein Leben am Limit, bei dem die Höhe der Regelleistung für ein menschenwürdiges Leben kaum ausreicht und jede unvorhergesehene Ausgabe zur Bedrohung wird. Selbst die eigenen vier Wände sind bei längerem Bezug von Hartz IV in Gefahr, wenn das Jobcenter die Kosten der Unterkunft nicht mehr als „angemessen“ ansieht – so geschieht es aktuell bei etwa jedem achten Haushalt im Bezug von Hartz IV.

Hartz IV greift aber nicht nur Menschen ohne Job, sondern die Lohnabhängigen insgesamt an. Die Folgen sind ein massiver Abbau an sozialer Sicherheit, eine weitreichende Deregulierung des Arbeitsmarkts und die Entstehung eines der größten Niedriglohnsektoren in Europa gewesen. Die durch „Flexibilisierung“ drastisch ausgeweiteten atypischen Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit oder Minijobs waren für die meisten Betroffenen keineswegs ein Sprungbrett in geregelte Arbeitsverhältnisse, sondern der Eintritt in einen Arbeitsmarkt, der für sie von mangelnder sozialer Absicherung und Einkommensarmut geprägt ist. Eine Folge der Ausweitung prekärer Beschäftigung ist außerdem die Altersarmut, bei der sich abzeichnet, dass sie in den kommenden Jahren noch deutlich stärker ansteigen wird. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns 2015 hat den prekären Verhältnissen zwar etwas entgegengesetzt. Trotzdem ist die Gruppe der Armen seit 2010 bis heute nicht nur größer geworden, ihre Armut hat sich im Vergleich zur gesellschaftlichen Mitte noch weiter vertieft. Dies geht einher mit einer wachsenden Verunsicherung breiter Teile der Bevölkerung bezüglich ihrer gegenwärtigen und zukünftigen finanziellen Situation.

Das von der sogenannten Ampelregierung auf den Weg gebrachte Bürgergeld sollte einige der Fehler von Hartz IV verbessern. Diese Verbesserungen, die von Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden begrüßt wurden, wurden jedoch in wichtigen Bereichen schon vor Einführung durch den Druck arbeitgebernaher und rechter Lobbygruppen, Verbände und Parteien verwässert. Dazu kommt, dass diese Akteure Grundsicherungsleistungen als „Alimentierung von Faulheit“ diffamieren und den Sozialstaat als Ganzes als „Schlaraffenland“ in Frage zu stellen.

Zusätzlich wird ein sogenannter Fachkräftemangel beklagt. Allerdings gibt es sehr hohe bürokratische Hürden bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und nur vergleichsweise wenig Förderung abschlussorientierter Aus- und Weiterbildung im Bereich des Bürgergelds. Gegen Bürgergeld-Beziehende wurde und wird stattdessen munter gehetzt, wenn die öffentliche Verachtung nicht gerade faule Kranke, arbeitsunwillige Rentner*innen oder migrantische Arbeitskräfte trifft. Aus diesen Parolen droht mit der neuen Regierung und der von ihr verfolgten drastischen Aufrüstung konkrete Politik zu werden. Nicht nur Grundsicherungsleistungen stehen unter Beschuss, auch die Renten, die Pflegeversicherung und sogar der Achtstundentag werden in diesem umfassenden Angriff auf die Substanz des Sozialstaats einbezogen.

Während die Einführung der Agenda 2010 vor zwanzig Jahren von Massenprotesten begleitet war, ist von öffentlicher Empörung über die soziale Lage einkommensarmer Menschen heute nur noch wenig zu spüren. Ein großer Teil der Betroffenen scheint sich in sein vermeintliches Schicksal gefügt zu haben.

Damit wollen wir uns als Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitstagung nicht abfinden und rufen alle vom Sozialabbau Betroffenen sowie alle, die in einer solidarischen Gesellschaft leben wollen, zur Verteidigung des Sozialstaats auf!

Wir kämpfen gemeinsam

- für eine deutliche Erhöhung der Regelsätze
- für bezahlbaren Wohnraum
- für eine nicht profitorientierte Daseinsfürsorge
- für höhere Mindestlöhne und eine starke Tarifbindung
- für Renten, die zum Leben reichen
- für soziale Sicherungssysteme, die ein auskömmliches Leben ohne Existenzangst gewährleisten
- für Behörden, die allen offenstehen, die hier leben und nicht nur digital, sondern auch persönlich, schnell und einfach erreichbar sind
- für unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
- für die Förderung beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie von Sprachkursen in ausreichender Anzahl
- für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums! Dieser soll einem guten Leben für alle dienen und nicht der Aufrüstung und Militarisierung!